

FBB-Chef Martin Ernst sieht für manche Projekte „schwarz“

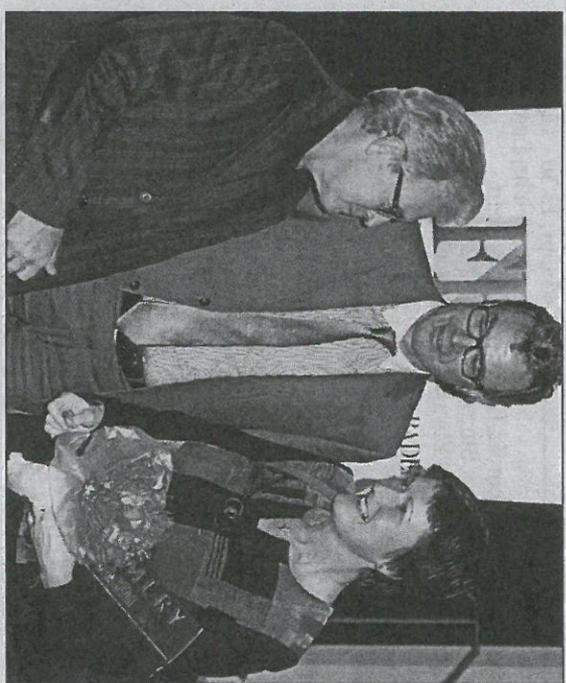
Thema: „Ausländische Investitionen und deren Folgen für Baden-Baden“ / OB besucht Versammlung: „An die eigene Nase fassen“

Von Peter Fauth-Schlag

Baden-Baden – In Anwesenheit von Oberbürgermeisterin Margret Mergen ging es bei einer Mitgliederversammlung der „Freien Bürger für Baden-Baden“ (FBB) am Mittwoch um das Thema „Ausländische Investitionen und deren Folgen für Baden-Baden“, FBB-Stadtrat Martin Ernst hatte eine Bildpräsentation dazu mitegebracht.

Quellenhof, Altes Gefängnis, Hotel Augustabad, Schloss Seelach, die Villa Hohenbaden, das Jagdschloss, Objekte im Heinrich-Hübisch-Weg, in der Balger Straße oder der Fremersbergstraße, das, so Ernst, „architektonisch hervorragend geplante“ Lauschan-Areal, das ehemalige SWR-Verwaltungsgebäude in der Moltkestraße, die Umgestaltung des SWR-Areals: Die genannten Beispiele überwiegen ausländischer Investitionen und was aus ihnen werden soll, geworden ist oder eben auch nicht, ließen sich in der Kurstadt vertüfeln bis

versiebenhächeln, meinte Ernst, ohne die Gebäude oder Vorhaben zu werten. Ihm gehe es darum, die Bevölkerung für diese „Problematik“, wie er sie sah, zu „sensibilisieren“. Soweit ihm bekannt, lasse er lieber Fakten sprechen, die zum Nachdenken darüber anregen sollten, wie „gut“ solche Objekte, wie sinnvoll oder chaotisch manche von ihnen für die Stadt seien. So habe er etwa Hoffnung, dass nach acht Jahren in der Villa Hohenbaden, wo einst das IOC tagte, zwar „etwas gehen könnte“, aber für den möglichen Umbau des Jagdschlosses, dem ehemaligen Hauptsitz der französischen Streitkräfte sah er bei mieten von 30000 Euro ziemlich schwarz“ – ebenso wie für den Verkauf der Häuser im Heinrich-Hübisch-Weg, für die der Besitzer gut den doppelten ihres Wertes kassieren wollte. 3,4 Millionen Euro für ein Anwesen in der Fremersbergstraße oder 10000 Euro Kaufpreis pro Quadratmeter Wohnfläche auf dem Lauschan-Areal?



Tilman Schachtschneider und Martin Ernst mit OB Margret Mergen (von links).
Foto: Fauth-Schlag

„Ohne jegliche Chance!“, sagte Ernst. Die Folgen solcher Preisvorstellungen: Anwesen würden oft jahrelang auf einen Käufer warten, während ihr Zustand durch Leerstand auch nicht besser werde. Bei solchen Investorenvorstellungen werde es auch auf dem SWR-Areal

äußerst schwierig werden, eine bezahlbare Balance zu finden, prophezeite er. Mit Nachdruck widersprach OB Mergen der Auffassung, es sei nicht legitim, dass sich eine Stadt mit Bauträgern zusammenhalte: „Doch, das ist legitim und sogar sinnvoll!“ Die Stadt könne nicht alles alleine kaufen oder finanzieren. Es könne markanter Werbung in Kryll nicht sein, dass die Stadt keinen Gewinn aus Grundstücksverkäufen erzielen dürfe, um damit an anderer Stelle bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, von der FDP initiierten „Paragrafen 102 der Gemeindeordnung ins Gericht, der solche Geschäfte Privatunternehmen vorbehalten wolle.“ So geht die Rechnung nicht auf! Dieser Paragraf 102 ist ein absolutes No-go! Sie wollen, dass unsere Beamten wirtschaftlich denken. Dann lassen Sie sie auch wirtschaftlich arbeiten“, forderte Mergen. Sie machte klar, dass es schon seit Römerzeiten meist ausländische Investoren waren, die der Kurstadt zu dem Glanz verholfen haben, in dem sie sich heute sonnt. Es ärgere sie sehr, dass Baden-Baden in der „Medienschublade“, Baden-Baden ist russisch“ stecke – bei gerade mal 2,5 Prozent Russen und Ukrainern, die hier wohnen und die gerade mal 4,9 Prozent aller Touristen ausmachten. Dem Einzelhandel warte sie ob oft übertrieben markanter Werbung in Kryll-scher Schrift partiell vor, bis-wellen „sehr einzeln zu handeln“. Die Zahl von vier bis fünf an Osteuropäer verkauften Villen und 15 bis 20 Prozent aller Eigentumswohnungen im vergangenen Jahr bezeichnete Mergen als überschaubar. Was den oft kritisierten Verkauf von Immobilien an „gut betuchte und gut bezahlende Osteuropäer“ anginge, solle sich doch jeder mal an die eigene Nase fassen, ob er das nicht auch täte. Und auch an den vielen osteuropäischen Fachkräften auf den Baustellen seien die Deutschen selber schuld. Jahrelang habe es doch geheißenen, man brauche keine Bauingenieure mehr. Jetzt könne man sie gebrauchen, um wieder bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Mergen gab den Zuhörern einen Tipp mit auf den Weg: „50 Prozent unserer Wertschöpfung zielen wir aus dem Export, Tendenz steigend. Von einem Freund aber kauft man mehr, als von einem Feind.“

BT 28.11.14